

Herr Schmidt geht für die BfE-Fraktion auf den gestellten Antrag in. Man habe die von der Verwaltung vorgelegte Einsparliste durchgesehen und sei der Meinung, dass man an den Entschädigungen für die Fraktionen sparen könnte. Hierzu sei die Beachtung von § 56 Abs. 3 notwendig und § 12 Abs. 6 der Hauptsatzung zu ändern. Man diskutiere über Engpässe in der Jugendarbeit, der man beispielsweise die eingesparten Mittel zuwenden könnte.

Herr Tendler erklärt, dass derartige Anträge zwar populär seien, man das Thema aber differenzierter sehen müsse. Einerseits sei die Entschädigung seit Jahren nicht mehr angepasst worden, andererseits hätten vergleichbare Kommunen durchaus höhere Sätze. Bei der jetzigen Regelung habe man es sich vor Jahren nicht leicht gemacht. Insbesondere die kleinen Fraktionen profitierten hiervon. Im übrigen dürfe man nicht vergessen, dass man seine Arbeit in der Freizeit verrichte. Der alljährlich dem Bürgermeister vorzulegende Verwendungsnachweis dokumentiere im übrigen, dass man die Mittel tatsächlich benötige. Wolle man Geld sparen, biete sich auch an, die Ausschüsse zu verkleinern. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Herr Diwo erklärt ebenfalls, dass seine Fraktion den Antrag ablehne. Fraktionsarbeit verursache nun einmal Kosten. Im übrigen sei dies keine Entlohnung, sondern allenfalls Ersatz für entstandenen Aufwand.

Herr Liene geht auf die Inflationsrate ein. Bei einem über die Jahre unveränderten Satz, habe man defakto bereits eine Kürzung.

Obwohl er Sparvorschläge immer unterstütze, hält auch der Bürgermeister die bisherige Regelung für angemessen. Schließlich müsse die Arbeit gemacht werden und verursache auch Kosten. Im übrigen erinnert er daran, dass der Rat bereits die Zahl der Ratsmitglieder auf 32 gesenkt habe. Aufgrund der Einwohnerzahl wäre sie eigentlich höher.

Herr Müller stellt das Einsparvolumen von rund 3.500 Euro in Vergleich zum Haushaltsansatz in Höhe von 309.000 Euro für rechtswirksam abgewiesene Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Nach der Aussprache lässt Bürgermeister Dr. Storch über den BfE-Antrag abstimmen.